Einzelstaaten habe ihren Grund nur darin, daß im Reiche die Bewilligung für andere als Kulturzwecke ins Uferlose gehe. Er erinnere an die jetzigen Ausgaben in Südwestafrika. Jetzt werde Generalleutnant v. Trotha hingeschickt; aber was Unkenntnis von Land und Leuten zu besagen habe, darüber geben doch wohl die Schicksale Glasenapps genügend Aufschluß. Geeignet sei und bleibe doch wohl zur obersten Führung ein Mann, dem vieljährige Bekanntschaft mit Land und Leuten zur Seite stehe. Der Aufstand sei verschuldet durch grenzenlose Gewinnsucht einzelner größerer Erwerbsgenossenschaften, Betrügereien bei Kauf und Verkauf, Selbsthilfe der weißen Händler und Rechtlosigkeit der Herero; dazu sittliche Verfehlungen der Weißen, während niemals die Herero daran gedacht hätten, weiße Frauen zu vergewaltigen. In Kamerun stünden ähnliche Ereignisse bevor, wie in Südwestafrika. Wenn man die Millionen, die für die Kolonien ausgegeben würden, benützte, um bei uns Oedländereien urbar zu machen, so könnten wir bei uns Hunderttausende von Arbeitern als Bauern seßhaft machen. Redner wendet sich dann noch gegen die neueste Vorlage in Preußen, betreffs Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter. Die Vorlage, die in das Gebiet der Reichsgesetzgebung eingreife, laufe auf die schärfste Verurteilung der Sozialpolitik, wie sie der Reichskanzler am 14. Dezember 1902 und am 20. Januar 1903 hier namens des Kaisers verkündet habe, hinaus. Wir marschieren nicht vor, sondern hinter allen Kulturstaaten her. — Reichskanzler Graf Bülow: Der Kaiser habe in seinem Telegramm aus Syrakus seiner Teilnahme an einem Unfall Ausdruck gegeben, bei dem so viele brave russische Seeleute untergegangen sind. Ich glaube, die große Mehrheit des Hauses, auch die große Mehrheit im Lande, werde diese Teilnahme des Kaisers verstehen. Die Art und Weise, wie ein Teil der Presse über diesen Vorgang sich geäußert habe, ist mit einem richtigen politischen Empfinden und politischem Takt nicht vereinbar. Wenn der Abgeordnete Bebel so sehr, wie er behauptet, Frieden unter den Völkern wünscht, wie kann er da solche Angriffe gegen Rußland richten und so unverblümt sagen, er wünsche die Niederlage Rußlands!? Das ist eine Abweichung von der strikten Neutralität, die ich als verantwortlicher Minister nicht mitmache. Ich kann auch die Kritik Bebels an den Dingen in Südwestafrika bei der gegenwärtigen dortigen Lage nicht für zeitgemäß halten; denn wie sollen wir jetzt zu einem sicheren Urteile gelangen! Wenn Vorwürfe gegen die dortigen Offiziere gerichtet worden sind, so meine ich, es kann gegen dieselben doch höchstens der Vorwurf erhoben werden, daß sie ihre Person und ihr Leben zu sehr in die Schanze schlagen. Herr Bebel habe den Aufstand auf das Verhalten von weißen Leuten in Südwestafrika zurückgeführt. Gewiß sind auch unsere Landsleute dort nur Menschen von Fleisch und Blut. Wenn Ausschreitungen vorgekommen sind, so liege das zum Teil wohl an dem Einfluß des Klimas und an der plötzlichen größeren Machtvollkommenheit, die zu Ausschreitungen hinreißen konnte. Aber solche Fälle sind nur verschwindende Ausnahmen gegenüber der Selbstzucht, mit der die überwiegende Anzahl unserer Landsleute dort ihre Arbeiten verrichtet. Ich halte es für meine Pflicht, dies ausdrücklich zu erklären. Ich muß auch bei aller Hochachtung vor den Missionaren bedauern, daß die Missionare gerade diesen Augenblick gewählt haben, um solche Angriffe gegen unsere Landsleute zu richten, wie sie das getan haben. In diesem uns aufgedrängten Kampfe ist der Platz der Missionare an der Seite unserer Landsleute. Man habe gemeint, wir hätten von vornherein mehr Truppen hinschicken sollen und rascher. Ich habe vom ersten Tage an, an dem die Aufstandsnachricht einlief, dem Gouverneur keinen Zweifel daran gelassen, daß ich die Verantwortung für alle Truppensendungen übernehmen würde, die aus militärischen Gründen irgendwie nötig erscheinen. Ich halte hier Sparsamkeit für ganz unangebracht, ja sogar für ein Verbrechen. Es sind auch so viel Mann hingeschickt worden, als von militärischer Seite verlangt worden sind, und an diesem Standpunkte werden wir weiter festhalten, und wir hoffen da auf die Zustimmung dieses Hauses. Was Herrn v. Trotha anlangt, ist die Sache sehr einfach. Als sich die Notwendigkeit stärkerer Truppensendungen herausstellte, ergab sich eine doppelte Schwierigkeit; Einmal war bei der stärkeren Truppe ein General erforderlich, dann aber kann der Leiter der militärischen Operationen aus zwingenden Gründen nicht sogleich als Gouverneur im Zentrum sitzen bleiben. Auf die preußische Gesetzvorlage gegen den Kontraktbruch gehe ich hier nicht ein; die Sache gehört in den preußischen Landtag. (Unruhe links.) Wenn, was ich bestreite, ein so großes Maß von Antipathien von Neid und Haß, wie Herr Bebel behauptet, in der Welt gegen uns bestünde, so wäre das doch nur für uns ein Grund mehr, uns gerüstet zu halten, damit wir allen Eventualitäten der Zukunft mit Ruhe entgegensehen können; denn ein anderes Mittel, um unberechtigten Neid und Haß — ich wiederhole unberechtigt, da wir zu Neid und Haß keinen Anlaß gegeben haben — zu entwaffnen, ein anderes Mittel, als das Schwert scharf zu halten, ist noch nicht gefunden worden. (Lebhafter Beifall.) — Kolonialdirektor Dr. Stübel erklärt auf die von Bebel an ihn gerichteten Fragen, ein Befehl, keine Gefangenen zu machen, sei nirgends ergangen. Auf Frauen und Kinder sei nirgends geschossen worden und verwundete Herero seien bis jetzt nicht gefunden resp. gefangen genommen worden. Unverwundete Herero würden teils von den Stammesgenossen mit fortgeschleppt, teils seien sie gefangen und alsdann vor ein Kriegsgericht gestellt worden. In keinem Falle seien Vergewaltigungen an Hererofrauen konstatiert worden, weder früher noch jetzt; die Hererofrauen würden geschont. Heute morgen sei ihm noch ein Nachtragstelegramm zugegangen: Drei weiße Frauen seien von den Herero getötet worden. Die Rettung der übrigen weißen Frauen sei durchweg erfolgt durch eingeborene Christen. Der Krieg werde unsererseits geführt ohne Ausschreitungen, ohne Grausamkeiten, in den Formen eines ordentlichen Krieges. — Abg. Gamp (Reichsp.) stellt dem Abg. Bebel gegenüber fest, das neue Kontraktbruchgesetz richte sich gar nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die Arbeitgeber. (Lachen links.) Daß die Kulturaufgaben nicht unter unserer Kolonialpolitik litten, beweise die Kanalvorlage im Landtage. (Lachen links.) — Abg. Stadthagen (Soz.) bestreitet, daß sich das Kontraktbruchgesetz nur gegen die Arbeitgeber richtet, sowie daß jenes Gesetz nur Preußen angehe und nicht vor das Forum des Reichstags gehöre. Die preußische Vorlage sei ein Einbruch in die Reichsgesetzgebung. — Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) wendet sich gegen die Bebelsche Darstellung der Ursachen des Hereroaufstands und rechtfertigt die Kolonialpolitik überhaupt. Soll unsere Auswanderung immer nur Kulturdünger für andere Völker bleiben, und sollen wir unseren Bedarf an kolonialen Produkten immer nur aus fremden Kolonien beziehen? — Damit schließt die Generaldiskussion. Beim Etat des Reichskanzlers bringt Abg. Semler (nat.-lib.) die Ausweisung eines Deutschen namens Steingrube aus Tomsk in Sibirien zur Sprache. Ursache der Ausweisung war allein, daß Steingrube auf einer Fahrt im Speisewagen eines Eisenbahnzuges einen Großfürsten nicht gegrüßt habe. Steingrube, in Tomsk ansässig und begütert, sei ruiniert, falls die Ausweisung nicht rückgängig gemacht werde. — Staatssekretär v. Richthofen hofft, daß es den Bemühungen des Auswärtigen Amtes gelingen werde, die Ausweisung zu redressieren. — Beim Etat des Auswärtigen Amtes kommt Abg. Müller-Sagan auf die Behandlung deutscher Geschäftsreisender jüdischen Glaubens in Rußland zurück. Ihm sei zuverlässig mitgeteilt worden, daß schon jetzt jüdische Reisende aus Belgien oder aus Nordamerika in Rußland besser behandelt würden, als einheimische und deutsche Juden. — Staatssekretär v. Richthofen antwortet: Er werde dem Vorredner dankbar sein, wenn er ihm die betreffenden Einzelfälle mitteile und ihm dadurch eine Handhabe geben könne, um auch für unsere Geschäftsreisenden jüdischen Glaubens eine bessere Behandlung in Rußland herbeiführen zu können. — Abg. Eickhoff (freis. Ver.) wünscht Errichtung eines Reichsschulamts im Interesse deutscher Auslandsschulen und Förderung dieser Schulen. — Staatssekretär v. Richthofen sagt den Schulen sein Wohlwollen zu. — Ohne weitere Debatten werden Auswärtiges Amt und ein Teil des Kolonialetats genehmigt. Zum Etat für Südwestafrika beantragt Abg. Patzig (nat.-lib.) für die 2 Millionen, welche anläßlich der durch den Aufstand entstandenen Verluste von Ansiedlern bei der zweiten Lesung bewilligt worden sind, die Zweckbestimmung dahin zu ändern, daß die Hilfeleistungen nicht nur „an Bedürftige", sondern auch an die Geschädigten ohne Voraussetzung der Bedürftigkeit" gewährt werden. — Abg. Lattmann (Antis.) stimmt dem zu, wünscht aber keine Zuwendungen an Landgesellschaften, sondern nur an Einzelpersonen. — Kolonialdirektor Dr. Stübel bittet ebenfalls, der Regierung in bezug auf Gewährung von Unterstützungen freie Hand zu lassen. — Abg. Gröber (Zentr.) wünscht, es dabei zu belassen, einstweilen nur Darlehen zu geben, Unterstützungen resp. Geschenke dagegen von der Bedürftigkeit abhängig zu machen. — Die Abgg. v. Richthofen (kons.) und Stockmann (Reichsp.) treten für den Antrag Patzig ein, ebenso nochmals der Antragsteller. Der Antrag wird gegen Nationalliberale und Rechte abgelehnt. — Nach Erledigung des Kolonialetats erfolgt Vertagung. — Schluß der Sitzung nach 6¾ Uhr. — Morgen 1 Uhr: Fortsetzung.

**Berlin.** (Privat-Tel.) Das Abgeordnetenhaus nahm den 8 Millionen-Nachtragsetat für die Krankenzuschußkasse des Eisenbahnerverbandes an, und zwar gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei, in deren Namen Abg. Goldschmidt erklärte, seine Partei müsse es ablehnen, Staatsgelder einem politisch einseitigen Verband zur Verfügung zu stellen. — Dann begann die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Bestrafung des Spiels in außerpreußischen Lotterien. Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben führte aus, eine reichsgesetzliche Regelung der Materie sei zu wenig aussichtsvoll. Man dürfe aber nicht länger zusehen, daß die preußische Staatskasse Tag für Tag Schaden leide. Es sei Tatsache, daß eine außerpreußische Lotterie ihre Kollekteure direkt verpflichte, einen Teil der Lose außerhalb des Konzessionsgebietes, also überwiegend in Preußen, abzusetzen. Vor ihm liege ein offizielles Schreiben, in dem die staatliche Lotterieverwaltung den Kollekteur verpflichtet, mindestens 80 Prozent der Lose außerhalb des Konzessionsgebietes abzusetzen, und noch obendrein ein ordentlicher Feldzugsplan für diesen unerlaubten Absatz eingefordert wird. (Heiterkeit.) Er habe sich mit der betreffenden Regierung in Verbindung gesetzt: sie habe versprochen, dem Unfug ein Ende zu machen. Aber nicht nur staatliche Interessen seien für die Vorlage maßgebend, auch der Schutz des Publikums, das jetzt in entsetzlicher Weise mit Losen überschwemmt werde. Ihm (dem Finanzminister) sei jüngst von einem Mecklenburger Kollekteur ein großes Glücksschwein in das Haus geschickt worden mit der Aufforderung, in der mecklenburgischen Lotterie sein Glück zu versuchen. (Heiterkeit.) Ohne Erhöhung und Verschärfung der Strafbestimmungen werde man nie zu einer Verständigung mit den anderen Bundesstaaten kommen; denn diesen liege so lange nichts an einer Verständigung, solange sie per nefas das erreichen können, was ihnen rechtens nicht möglich sei. Schon die Ankündigung dieser Vorlage habe nach der Richtung einer künftigen Verständigung wohltätig gewirkt. Er habe auch eine Denkschrift ausarbeiten lassen und diese den übrigen Bundesstaaten zurückgeschickt. Freilich seien eine Menge Schwierigkeiten zu überwinden, da außerhalb Preußens die Kollekteure nicht, wie bei uns, die Lose zurückgeben konnten, sondern sie fest übernehmen mußten. Die kleinen Staaten seien gar nicht in der Lage, ihre Lose in ihren Staatsgebieten unterzubringen. Sie werden die Anzahl ihrer Lose herabsetzen müssen, und dann wird ein Kompromiß möglich sein. — Hierauf wird die Besprechung abgebrochen und die Fortsetzung auf einen späteren Tag anberaumt. — Morgen 1 Uhr: Beratung des Ansiedlungsgesetzes.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Die Einweihung des neuen Instituts für Zuckerindustrie in Berlin hat gestern mittag stattgefunden. Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben leitete die Feier mit einer Rede ein, in der er namens der Staatsregierung dem neuen Institute die besten Wünsche widmete, und die Bedeutung der Zuckerindustrie für die heimische Landwirtschaft würdigte. Er schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Landwirtschaftsminister v. Podbielski war wegen Erkrankung verhindert, der Feier beizuwohnen.

**Berlin.** Jenny Groß hat ein Alter von 48 Jahren erreicht. Ihre Leiche wird nach Wien überführt und auf dem dortigen Zentralfriedhof beigesetzt. Vor der Ueberführung nach Wien findet wahrscheinlich hier in der Leichenhalle des katholischen Friedhofs in der Liesenstraße eine Trauerfeier statt.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Gesetzentwürfe auf Erhöhung des Grundkapitals der Seehandlung und Erweiterung des Hafens von Ruhrort sind dem Abgeordnetenhause zugegangen. Letzterer fordert für den angegebenen Zweck außer den bereits bewilligten 7 Millionen noch 6 900 000 Mark.

**Berlin.** Das Konkursverfahren ist über das Vermögen des Bankgeschäfts Brendel u. Co., dessen Mitinhaber, Regierungsrat Brendel sich nach Zusammenbruch des alten Bankhauses durch einen Sturz aus dem Fenster das Leben nahm, vom Amtsgericht verhängt worden.

**Leipzig.** (Priv.-Tel.) Heute und morgen findet hier der 5. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt. 68 Delegierte aus allen Teilen des Reiches nehmen daran teil. Die Tagesordnung umfaßt in der Hauptsache innere Verbandsangelegenheiten.

**Leipzig.** (Priv.-Tel.) Die 13. Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen trat heute hier zusammen. Etwa 100 Herren nahmen daran teil, u. a. eine größere Anzahl staatlicher und städtischer Verwaltungsbehörden, Handelskammern, viele Fabrikanten- und Arbeitgeberverbände, Wohlfahrtsfürsorge- und gemeinnützige Vereine und Anstalten, industrielle Gesellschaften usw. Nachdem der Vorsitzende, Admiral Hollmann, Staatssekretär a. D., die Anwesenden begrüßt hatte, ergriff Kreishauptmann Dr. v. Ehrenstein das Wort, um die Versammelten im Auftrage der sächsischen Regierung zu willkommnen, die dankbar anerkenne, daß die sozialen Bemühungen der Regierungen und Volksvertretungen seit Jahren eine kräftige Stütze und Förderung durch die Arbeit der Zentralstelle erfahren. Staatsrat Ludwig Wolf begrüßte die Versammlung namens der Stadt, wies auf die Botschaft des alten Kaiser Wilhelms hin, durch welche die Besitzenden an ihre Pflichten erinnert worden seien, und wünschte segensreichen Fortgang den Beratungen. Den ersten Vortrag hielt Dr. Wiedfeldt-Essen über das Schlafstellen-Wesen. Er resümierte dahin, daß es Sache der Gemeindeverwaltungen sei, städtische Ledigenheime zu gründen. — Der Oberregisseur der hiesigen Oper, Albert Goldberg, ist durch Abspringen von der elektrischen Bahn verunglückt und hat sich einen doppelten Knochenbruch zugezogen. — Die Ablösung der Prellerschen Fresken am Römischen Hause, hier, nach dem technischen Verfahren Hofrats Donadini-Dresden, ist nunmehr vollständig gelungen. — Den früheren Kassenärzten der hiesigen Ortskrankenkasse ist das von ihnen gegebene Ehrenwort, die Mitglieder der Ortskrankenkasse nicht mehr zu behandeln, gestern wieder zurückgegeben worden, und haben dieselben nunmehr wieder die Behandlung der Mitglieder aufgenommen.

**Düsseldorf.** Die hiesige Hauptversammlung des Bundes der Landwirte für Rheinland-Westfalen nahm nach Vorträgen von Dr. Diederich Hahn und des Gutsbesitzers v. Bodelschwingh eine Resolution an, in der sie sich entschieden gegen die Kanalvorlage in ihrer jetzigen Gestalt ausspricht.

**Aachen.** (Priv.-Tel.) Einen unerwarteten Abschluß fand eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht. Die Justizratswitwe W. hatte zwei Anstreicher, mit denen sie in Lohndifferenzen geraten war, wegen Beleidigung, Hausfriedensbruchs, sowie Betrugs gerichtlich belangt. Nicht allein, daß die Angeklagten freigesprochen wurden, der Gerichtshof beschloß vielmehr, die Klägerin wegen eines in der Verhandlung geleisteten wissentlichen Meineids unter Anklage zu stellen und sie wegen Fluchtverdachts sofort zu verhaften. Nach Hinterlegung einer entsprechenden Kaution wurde später die Witwe vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

**Stuttgart.** Die Regierung beabsichtigt, demnächst dem Landtage eine Vorlage betreffend die Kostenbeteiligung Württembergs an den Bauplänen für die Grundstrecke Mannheim—Heilbronn des Neckar—Donau-Kanals vorzulegen.

**Paris.** Der Zustand Waldeck-Rousseaus hat sich derartig gebessert, daß man glaubt, er werde im Oktober seine Tätigkeit im Parlament wieder aufnehmen können.

**Rom.** Der Kammerpräsident erhielt von dem flüchtigen Exminister Nasi einen Brief, worin derselbe mitteilt, daß er zu dem gegen ihn angestrengten Prozeß persönlich erscheinen werde. Nasi soll sich in Griechenland aufhalten. — Die Meldung polnischer Blätter, daß die päpstliche Kurie beschlossen habe, sich zu Gunsten der Polen bei der preußischen und russischen Regierung zu verwenden, ist unbegründet.

**Basel.** Das Gesetz betreffend die obligatorische Teilnahme an den Wahlen und Abstimmungen wurde vom Baseler Volk mit 2000 Stimmen Mehrheit verworfen. Die Ersatzwahlen zum Großen Rat sind resultatlos verlaufen.

**Petersburg.** Gerüchtweise verlautet, daß in den letzten Tagen ein Attentat gegen das Pyroglycerin-Depot verübt worden sei. Es ist verfügt worden, daß nur militärischen Personen der Eintritt in das Depot gestattet ist.

**Konstantinopel.** Das Oekumenische Patriarchat hat gestern aus Monastir eine Depesche erhalten, nach welcher der frühere Primas Genadius behufs einer Propaganda unter den Kuzzo-Wallachen eine Reise in das Innere des Landes unternommen habe. In der gestrigen Sitzung des Heiligen Synods machte der Patriarch Mitteilung über das Verweilen Genadius auf dem Berge Athos und sein Eintreffen in Monastir. Der Heilige Synod hielt das Vorgehen Genadius für antikanonisch, und wies darauf hin, daß es das Ziel Rumäniens enthülle, auf diesem Wege die Erfüllung der Kirchenwünsche der Kuzzo-Wallachen vom Patriarchat zu erzwingen. Der rumänische Gesandte Jahovary hat dem Patriarchen sagen lassen, daß die rumänische Regierung von der Reise Genadius nichts wissen wolle und darin nichts Besonderes erblicke. Der Patriarch dankte für diese Erklärung im Namen des Synods.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

**Berlin,** 9. Mai. An der Börse ging das Gerücht, daß der Eintritt der Deutschen Genossenschaftsbank in den Concern Dresdner Bank—Schaafhausener Bankverein bereits vollzogene Tatsache sei. — Zu der Fusion Deutsche Bank—Berliner Bank wurde mitgeteilt, daß für den Umtausch des 42 Mill. Mark betragenden Aktienkapitals der Berliner Bank eine Kapitalerhöhung der Deutschen Bank um 18,9 Mill. Mark in Frage komme.

**Frankfurt a. M.** (Schluß.) Kredit 201,—. Disconto —,—. Dresdner Bank 152,60. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Laurahütte —,—. Ungar. Gold 96 60. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Fest.

**Paris,** (3 Uhr nachmittag. Rente 96,60. Italiener 102 20. Spanier 91,25. Neue Portugiesen 69 40. Türken (unifiz. Anleihe) 93 31. Türkenlose 131,75. Ottomanbank 673,—. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Schwach.

**Paris.** Produktenmarkt. Weizen per Mai 21 15, per Septbr.-Dezbr. 20 45, ruhig. Spiritus per Mai 39,50, per Septbr.-Dezbr. 38,50, ruhig. Rüböl per Mai 44,75, per September-Dezember 47 50 fest.

**Amsterdam.** Produkten-Bericht. Weizen per April —,—, per Mai —,—. Roggen per April —,—, per Mai —,—. Geschäftslos.

**London.** (Produkten-Bericht.) Engl. Weizen ruhig, fester, fremder besserer Nachfrage zu unseren Preisen. Amerik. Mais nominell unverändert, Donauer träge. Mehl ruhig, fester. Hafer träge. Gerste träge ¼ Sh. niedriger. — Weizen: Unverändert.

## Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König traf am Sonnabend nachmittag, von Hosterwitz kommend, im Albertinum ein und nahm dort im Treppenhause die Fresken des Geh. Hofrats Professors Prell in Augenschein. — Gestern vormittag halb 11 Uhr kam der König von Hosterwitz nach dem Residenzschlosse und empfing zunächst den neuernannten Militärattaché bei der Großbritannischen Botschaft in Berlin, Oberstleutnant Grafen Gleichen. Hierauf nahm er militärische Meldungen entgegen und empfing die Herren Staatsminister zur Entgegennahme von Vorträgen. Um 12 Uhr mittags erteilte der König dem österreichisch-ungarischen Gesandten Belics v. Laszlofalva, sowie den Herren Oberamtsrichter Berndt-Glauchau, Pfarrer Eckert-Greifenhain und Schuldirektor Pönicke-Lichtenstein Audienz. In den Nachmittagsstunden kehrte der König nach Hosterwitz zurück, wo um halb 4 Uhr Tafel stattfand.

— Se. Königl. Hoheit der Kronprinz speiste gestern nachmittag mit 14 anderen Mitgliedern der Ersten Kammer im Restaurant „Palais de Saxe" am Neumarkt. Das Restaurant ist in den letzten Wochen einer totalen Renovierung unterzogen worden, die erst am vergangenen Sonnabend beendet wurde.

— Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Johann Georg hat sich gestern in die Königliche Frauenklinik begeben, um sich daselbst einer Operation zu unterziehen.

— Vorgestern vormittag 10 Uhr 26 Minuten trafen die Herzöge Philipp, Albrecht und Robert von Württemberg in Begleitung des Herrn Hofmarschalls Grafen Adelmann zum Besuche des Prinzen und der Frau Prinzessin Johann Georg aus Stuttgart hier ein. Der Prinz war zur Begrüßung seiner Verwandten auf dem Hauptbahnhofe erschienen und begab sich mit ihnen nach dem Palais auf der Parkstraße. Daselbst hatte auch der Herzog Ulrich von Württemberg, der am Sonnabend nachmittag von Berlin eingetroffen war, Wohnung genommen. Nachmittags 2 Uhr fand bei den Prinzlichen Herrschaften Familientafel statt, an der, wie bereits erwähnt, König Georg und die Mitglieder des Königlichen Hauses, sowie die zu Besuch hier weilenden württembergischen Herrschaften teilnahmen. Abends reisten die Herzöge Albrecht, Robert und Ulrich wieder nach Stuttgart bezw. Berlin zurück, während Herzog Philipp auf längere Zeit mit der Frau Herzogin hier bleiben wird.

— Dem Kaufmann Konstantin Weda in Plauen i. V. wurde das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden verliehen.

— Dem Hausbesitzer und Schulvorstandsmitglied Paust in Oberschlottwitz ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Landtagsverhandlungen siehe Seite 9.

— Im Pädagogischen Verein (Dresdner Lehrerverein) sprach am Freitag Herr Lehrer Göckeritz (19. Bezirksschule) über seine Erfahrungen im Chorgesangsunterricht. Nachdem der Referent zunächst einen kurzen historischen Rückblick über die Entwicklung dieses seit 1889 in den Dresdner Schulen eingeführten und sehr beifällig aufgenommenen Unterrichtszweiges gegeben hatte, verbreitete er sich über den erziehlichen Wert des Chorgesanges, indem er nachwies, wie derselbe zur Kräftigung religiöser Gesinnung, zur Belebung des patriotischen Gefühls, zur Veredelung des kindlichen Gemüts dient. Ausführlich begründete er sodann eine Reihe praktischer Ratschläge und Wünsche für Erteilung des Chorgesangunterrichts. Besonders fand der Wunsch, daß dem Chorgesangsleiter ein Flügel zur Einübung und Aufführung der Gesänge zur Verfügung gestellt werden möge, lebhaften Anklang. — Hierauf führte Herr Seminaroberlehrer Paul ein von ihm erfundenes Tischharmonium vor, welches durch seine leichte Handhabung, durch seinen gesangreichen Ton, durch seine Billigkeit den mit mancherlei Nachteilen verbundenen Gebrauch der Violine bei Erteilung des Gesangunterrichts einschränken und aufheben soll, ohne die Gemeinden zu einer größeren Ausgabe, wie sie die Anschaffung eines anderen Tasteninstruments bedeuten würde, zu nötigen. — In lebhafter Wechselrede wurde besonders die Frage erörtert, ob die Violine oder ein Tasteninstrument das geeignetste Unterrichtsmittel sei. Die Kommission für Gesangsunterricht soll über diese Frage, sowie über die von Herrn Göckeritz aufgestellten Leitsätze weitere Beratung pflegen.

— Der Dresdner Männergesangverein unternimmt am Himmelfahrtstage einen Herrenausflug nach Schandau, Ostrauer Scheibe, Schrammsteingebiet, Zeughaus, Raubschloß usw. mit dem 7 Uhr früh ab Hauptbahnhof verkehrenden Zuge.

— Unter den Besuchern der Sächsischen Schweiz am Sonntag befanden sich auch die Turnerabteilungen der Turnvereine des Dresdner Turngaues. Die Dresdner Turner trafen punkt 5 Uhr nachmittags unter fröhlichem Liedersange wieder in Schandau ein, begaben sich zunächst in die ihnen zugewiesenen Gasthäuser, um die Hauptmahlzeit einzunehmen. In Hegendarths Etablissement fand alsdann von 6 bis 8 Uhr in Anwesenheit der Schandauer Sängerschaft und der Kurkapelle eine gesellige Vereinigung der Dresdner und Schandauer Turner statt, die durch Vorträge der Kapelle und der Sänger verschönt wurde. Abends 9 Uhr erfolgte die Rückfahrt der Dresdner Turner.

— Der Verein Deutscher Zeitungsverleger (Sitz in Hannover), in dem u. a. die wichtigsten Blätter des Reiches zur gemeinsamen Vertretung der beruflichen und Standesinteressen der deutschen Zeitungsverleger vereinigt sind, wird Dienstag, den 17. Mai, hier in Dresden seine Hauptversammlung abhalten, auf der neben dem geschäftlichen Teil wieder eine Anzahl Fragen von allgemeinem Fachinteresse zur Sprache kommen werden. Während zu diesen Verhandlungen nur Mitglieder des Vereins und seiner Kreisvereine Zutritt haben, sind zu den geselligen Vereinigungen alle Fachgenossen eingeladen, die sich bei der Geschäftsstelle des Vereins in Hannover, Osterstraße 17, bis zum 14. Mai anmelden. Aus dem Programm sei folgendes erwähnt: Am Vorabend (Montag) zwanglose Zusammenkunft und Begrüßung der bis dahin eingetroffenen Mitglieder im Viktoriahause. Dienstag, vormittags ½10 Uhr: Beginn der Hauptversammlung im Vereinshause; abends um 8 Uhr Festessen im Königl. Belvedere. Mittwoch, den 18. Mai, vormittags, Ausflug nach der Bastei (Sächsische Schweiz).

— Um den Verkauf der Dauerkarten für die Große Kunstausstellung für das Publikum zu erleichtern, sind jetzt außer der Hauptstelle im Ausstellungsgebäude noch drei weitere Verkaufsstellen für solche Karten in der inneren Stadt eingerichtet worden, und zwar in der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt (Abteilung Dresden) auf dem Altmarkt, bei der Depositenkasse A der Deutschen Bank auf der Amalienstraße und bei Gebr. Arnhold, Waisenhausstraße.

— Der internationale Uhrendieb Ziebell aus Stettin, der hier festgenommen wurde, ist gestern unter Bedeckung zweier Transporteure an die Staatsanwaltschaft in Rostock überführt worden; nachdem seine Vernehmung sich dort erledigt hat, wird der viel gesuchte Dieb an Strafbehörden in Thüringen abgegeben.